

## **Haushaltsrede 2016 des Ersten Stadtrats Geiger (Ratssitzung am 15. März 2016)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
meine Damen und Herren,

vor gut einem Jahr hatte ich zum ersten Mal Gelegenheit, einige einführende Worte zur abschließenden Beratung des städtischen Haushalts beizusteuern. Damals ging es um den Haushalt 2015, heute ist die Planung für das Jahr 2016 das Thema.

In diesen knapp 13 Monaten hat sich die Lage der Stadt Braunschweig und eben auch ihre Haushaltslage ganz erheblich verändert. Der Oberbürgermeister hat in den letzten Wochen und Monaten gelegentlich vom "Krisenmodus" gesprochen, um die derzeitige Situation der Stadtverwaltung zu beschreiben. Das Zusammentreffen von VW-Krise und Flüchtlingsstrom stellt nicht nur die städtische Verwaltung und die Kommunalpolitik vor ganz besondere Herausforderungen. Auf die eine oder andere Weise ist die gesamte Stadtgesellschaft betroffen.

Ich möchte eingangs kurz an die Quintessenz dessen erinnern, was ich damals gesagt habe. Der gesicherte jährliche Ausgleich des Ergebnishaushalts sei zu Recht der zentrale gesetzliche Maßstab (§ 110 Abs. 4 NKomVG), an dem die haushalts- und finanzwirtschaftliche Situation der Stadt zu messen sei.

Nur wenn in einem durchschnittlichen Jahr die Erträge größer als die Aufwendungen seien, werde solide gewirtschaftet. Erhebliche Sorge mache mir, dass im langjährigen Trend die jährlichen Aufwendungen der Stadt Braunschweig erheblich schneller wüchsen als die durchschnittlichen jährlichen Erträge. Diese Schere müsse dringend geschlossen werden zum Erhalt der soliden Haushaltslage. Der Haushaltsplan 2015 sei aber nur ganz knapp ausgeglichen, trotz einer ausgesprochen guten konjunkturellen Situation und verschiedener Entlastungsmaßnahmen von Bund und Land. Dies hielte ich auf Dauer für wenig zukunftsfähig.

## **Aktuelle Situation**

Leider haben sich meine damaligen Befürchtungen voll bestätigt, auch wenn niemand die jetzt in Braunschweig eingetretene Situation hätte vorhersagen können.

Am 14. September haben wir Ihnen zunächst frohen Mutes unseren Verwaltungsentwurf eines städtischen Haushalts 2016 vorgelegt. Überschieden hatten wir unsere damalige Präsentation „Solide Haushaltsführung im Spagat zwischen knappen Spielräumen und großen Herausforderungen“.

Geplant waren knappe jährliche Überschüsse im Ergebnishaushalt, ein weiterhin ausgesprochen hohes Investitionsniveau mit dem inhaltlichen Schwerpunkt der Erneuerung und Sanierung städtischer Infrastruktur, aber unter Vermeidung der Aufnahme neuer Schulden. Außerdem wies unsere Planung den Weg zum Ziel, ab dem Jahr 2019 die Finanzierung sämtlicher Investitionen aus dem Überschuss der laufenden Verwaltungstätigkeit zu decken.

Wir sahen uns dann aber schon wenige Tage später, nach Bekanntwerden der VW-Krise, dazu gezwungen, diesen Haushaltsentwurf zurückzuziehen und eine sofortige eingeschränkte Haushaltssperre bis zum Jahresende zu verhängen. Unsere Einschätzung des städtischen Steueraufkommens der nächsten Jahre hatte sich massiv verschlechtert, darauf musste konsequent und energisch reagiert werden.

Wie Sie wissen, haben wir sodann ein Konsolidierungsprogramm für den gesamten Konzern Stadt Braunschweig aufgelegt. Als nötige Größenordnung wurde auf Grundlage einer überarbeiteten, vorsichtig optimistischen Prognose für den Zeitraum von 2016 bis 2019 eine jährliche Verbesserung des Ergebnishaushalts um rund 20 Mio. Euro identifiziert. Ergänzend dazu müsse das hohe Investitionsniveau um jährlich 10 Mio. Euro reduziert werden, um ein Ansteigen der bisher sehr niedrigen städtischen Verschuldung zu verhindern.

Bei der Durchführung des städtischen Konsolidierungsprogramms haben wir uns an folgenden Grundsätzen orientiert: Trotz massiv erschwelter Rahmenbedingungen sollte die Grundstruktur des Haushaltsplanentwurfs beibehalten werden, um den Anforderungen einer wachsenden Stadt Rechnung zu tragen. Alle Fachbereiche, Dezernate und städtische Gesellschaften wurden aufgefordert, im Rahmen einer strengen Überprüfung ihrer bisherigen Planungen substantielle Vorschläge zur Verbesserung ihres jeweiligen Ergebnisses zu machen. Auch Vorschläge zur Reduzierung oder Verschiebung geplanter Investitionen sollten gemacht werden. Bei allem stand die Zielsetzung im Vordergrund, Strukturen der Leistungserbringung möglichst nicht dauerhaft zu schädigen.

Ein entsprechendes breit angelegtes und aus unserer Sicht sehr ausgewogenes Maßnahmenpaket haben wir Ihnen dann kurz vor Weihnachten vorgelegt. Es sah einen Dreiklang vor aus Reduzierung von Aufwand, verschiedenen Ertragsverbesserungen sowie einer etwas reduzierten Investitionsplanung. Neben den Konsolidierungsbeiträgen der städtischen Gesellschaften sollten auch die Aufwandsbudgets sämtlicher Fachbereiche reduziert werden, insbesondere im Bereich der freiwilligen Leistungen, einschließlich einer befristeten Aussetzung der jährlichen Dynamisierung von Zuschüssen an externe Empfänger.

Auch eine Erhöhung diverser Gebühren und Entgelte, weitgehend in einer Größenordnung zwischen rund 10 und 25 %, war nach unserer Auffassung leider nicht länger zu vermeiden und wurde daher vorgeschlagen, ebenso die Anhebung der seit 20 Jahren unveränderten Grundsteuer B um rund 10 % sowie eine Umstrukturierung der Entgelte für Kinderbetreuung mit spürbarer Entlastungswirkung für den städtischen Haushalt. Bei den Investitionen blieb der Fokus auf der Sicherung der Standortqualität von Braunschweig.

Mit diesem Konsolidierungspaket der Verwaltung wäre die durch die VW-Krise gerissene Lücke bei den städtischen Steuereinnahmen in etwa zu schließen gewesen. Mit Ihrer mehrheitlichen Billigung dieses Maßnahmenpakets hätten wir den städtischen Haushalt der nächsten Jahre in etwa planerisch ausgeglichen. Dann hätte ich einfach die nach wie vor gültigen Zentralessagen meiner letztjährigen Rede wiederholen können, auch die zur Klaviatur möglicher Maßnahmen zur Haushaltsverbesserung, bisher nur sehr maßvoll von uns bespielt.

Leider sind dann aber, nachdem wir im Oktober und November unser städtisches Konsolidierungspaket erarbeitet hatten, zwei ungünstige Entwicklungen eingetreten. Erstens sind Sie alle unserem Verwaltungsvorschlag in einem zentralen Punkt nicht gefolgt.

Denn keine Ratsfraktion zeigt sich bisher bereit, die praktisch überall sonst in Niedersachsen erhobenen Kitaentgelte auch in Braunschweig wieder einzuführen und zugleich mit einem Teil dieses Geldes auch zur Gesundung des städtischen Haushalts beizutragen. Damit allein fehlen Jahr für Jahr rund 3,8 Mio. Euro, ein zentraler Baustein unseres sehr maßvollen Konsolidierungspakets.

Zweitens und zumindest in den kommenden Jahren vermutlich noch deutlich gravierender: Seit Jahresbeginn erfassen auch uns nun die vollen Auswirkungen der Flüchtlingskrise. Später als andere niedersächsische Kommunen werden auch wir nun organisatorisch, personell und eben auch finanziell massiv für die Unterbringung erwachsener Flüchtlinge in Anspruch genommen. Hinzu kommen die weiter enorm ansteigenden Aufwendungen für die sehr aufwendige Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge. Bisher werden diese Kosten zwar fast vollständig vom Land erstattet, aber wir müssen gleichwohl eine immense Zahl neuer Stellen schaffen, soweit es nicht gelingt, externe Träger zu beauftragen.

Wo stehen wir also heute, was die städtischen Finanzen betrifft? Nach den Ergebnissen Ihrer bisherigen Vorberatungen sollen in den kommenden vier Jahren jährliche Haushaltsdefizite zwischen 11 und knapp 26 Mio. Euro eingeplant werden, insgesamt also rund 72 Mio. Euro.

Um genau diesen Betrag schmelzen dann auch die Überschussrücklagen der städtischen Jahresbilanz ab. Von rund 185 Mio. Euro Ende letzten Jahres bleiben dann Ende 2019 noch 113 Mio. Euro, immer vorausgesetzt, dass nichts Weiteres dazwischen kommt. Risiken gibt es zweifellos, z.B. eine Eintrübung der zum Glück noch immer sehr guten deutschen Konjunktur oder auch das Ausbleiben der bisher mit vorsichtigem Optimismus geschätzten Erholung unserer regionalen Wirtschaft. Sollten sich diese regionalen oder nationalen Konjunkturrisiken verwirklichen, schließe dies doppelt negativ im städtischen Haushalt zu Buche: über fehlende Einnahmen bei zugleich ansteigenden Sozialkosten.

Kurzum, die vor uns allen liegende Aufgabe ist seit der Haushaltsberatung im Februar 2015 noch viel größer und schwerer geworden. Schon damals waren wir, was Vielen vermutlich nicht bekannt ist, eine niedersächsische Großstadt mit deutlich unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen pro Kopf, jetzt sind wir es erst recht. Zugleich aber verzeichnen wir langfristig weiter permanent ansteigende Aufwendungen, gerade im Bereich Kinder, Jugend, Familie, Bildung und nun auch flüchtlingsbezogener Aufwand, unter anderem personell, für die Betreuung während des Asylverfahrens und ab kommendem Jahr dann auch bei den Unterkunftskosten für die zu erwartenden Langzeitarbeitslosen unter den Flüchtlingen.

Am Horizont erscheinen außerdem, wenn die Flüchtlingswelle weiter anhält, ganz neue Anforderungen an den Aufbau der städtischen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Bislang geht es „nur“ um die Unterbringung und Versorgung sowie diverse Integrationsmaßnahmen.

Insgesamt steht damit die Stadt Braunschweig eindeutig an der Schwelle zu einer neuen Phase ihrer städtischen Haushaltspolitik. Innerhalb der nächsten zwei, drei Jahre wird sich entscheiden, ob der Haushalt wieder ins Lot gebracht werden kann oder ob die Rücklagen vollständig aufgezehrt und Kredite in ständig wachsendem Umfang aufgenommen werden. Wie die Lage sich entwickelt, ist aber nicht schicksalsgegeben, sondern wird ganz entscheidend durch Sie beeinflusst werden.

Ich möchte deshalb die verbleibende Zeit nicht für eine Strukturanalyse der aktuellen Haushaltslage verwenden. Dafür gibt es vor allem unsere ausführliche, Ihnen seit dem 21. Dezember vorliegende Präsentation. Ich will mich deshalb auch nicht damit beschäftigen, welche Verantwortung Land und Bund für die Lösung unserer Probleme tragen. Dazu habe ich an dieser Stelle vor einem Jahr Einiges gesagt. Stattdessen möchte ich die vor uns liegende eigene Aufgabe und die aus meiner Sicht gebotene Grundsatzhaltung dazu beschreiben.

Denn ich glaube, dass in schwierigen Zeiten und vor schweren und wichtigen Entscheidungen die Besinnung auf zentrale Grundsätze nötig ist.

## **Die Aufgabe der städtischen Haushaltspolitik**

Zunächst also: Was ist überhaupt die Aufgabe der städtischen Haushaltspolitik? Als ich anlässlich meiner Bewerbung als Finanzdezernent im Dezember 2013 erstmals hier zu Ihnen sprechen durfte, habe ich betont, dass Finanzen und Haushalt aus meiner Sicht kein Selbstzweck sind. Nur sehr vordergründig geht es nämlich darum, Soll und Haben in Übereinstimmung zu bringen, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sicherzustellen, gesetzliche Vorschriften zur Haushaltswirtschaft einzuhalten, etc..

Selbstverständlich ist das alles richtig und wichtig. Vor allem aber ist es Aufgabe der Haushaltspolitik, die richtigen finanziellen Grundlagen zu legen, damit sich unsere Stadt zukunftsgerecht weiterentwickeln kann.

Ich empfinde es immer wieder von neuem als großes Privileg, in der traditionsreichen Stadt Braunschweig genau daran mitarbeiten zu dürfen. In den Städten, gerade in den Großstädten, hat sich die europäische Kultur und Wirtschaft entwickelt, auch das ganze Sozialwesen hat in den Städten seinen Ursprung und Schwerpunkt.

Kommunalpolitik ist die Schule der Demokratie und Großstädte sind nach einem treffenden Wort das Laboratorium der Gesellschaft.

Hier in der Großstadt findet gesellschaftliche, kulturelle, soziale, technische und wirtschaftliche Innovation statt. Hier in Braunschweig arbeiten Sie als Kommunalpolitiker und wir als Verwaltung daran, dass dafür die richtige Infrastruktur zur Verfügung steht: Technische Versorgung mit Wasser, Wärme, Strom, öffentlicher Nahverkehr, soziale Infrastruktur mit Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, Jugendfürsorge, Altenheime, Kindergärten, Schulen, Schwimmbäder und andere Sportanlagen, Theater, Museen, Bibliotheken und weitere Kultur-, Wissenschafts- und Freizeiteinrichtungen. Für die Einwohnerinnen und Einwohner, für hiesige Gewerbetreibende, Selbständige und Unternehmen, für Studenten, aber auch für die vielen privaten oder beruflichen Besucher unserer Stadt.

Gibt es eine großartigere Aufgabe, als an all dem verantwortlich mitzuwirken? Sie alle haben für sich bereits die Antwort gegeben, sonst verbrächten Sie nicht ungezählte Stunden ehrenamtlich und zum Teil seit vielen Jahren mit dieser Aufgabe.

Die europäische Großstadt im Allgemeinen und Braunschweig im Besonderen haben sich historisch deshalb so kraftvoll entwickelt, weil im Sozialraum Großstadt eine spezialisierte Arbeitsteilung herrscht. Städte wuchsen von Beginn an um Märkte herum und prosperierten durch ein Netzwerk wirtschaftlicher Verflechtung. In einer Großstadt treffen hoch differenzierte Angebote auf eine entsprechend vielfältige Nachfrage, außerdem entstehen durch die Vielzahl und Dichte der Bevölkerung Kontakte und Möglichkeiten der Zusammenarbeit und auch persönlicher Lebensstile, die so nur in der Großstadt möglich sind. Wir sehen diese differenzierte, spezialisierte Struktur im Einzelhandel und der sonstigen Wirtschaft, in der Kultur und Wissenschaft und den gesamten zuvor genannten Bereichen, sie ist Lebensqualität und Standortvorteil zugleich. Eine erfolgreiche Großstadt ist ein hoch produktiver Ort, sie bietet Möglichkeiten in allen Bereichen, wie es sie in kleineren Städten nicht gibt.

Die städtische Haushaltspolitik steht vor nichts Geringerem als der Aufgabe, möglichst klug zwischen diesen vielen Anliegen abzuwägen. Wir müssen die wirtschaftlichen Grundlagen unserer Stadt sichern, um genau den Wohlstand zu ermöglichen, der für alles Andere Voraussetzung ist.

Ganz entscheidend für die Zukunftsfähigkeit der Stadt Braunschweig bleibt es also weiterhin, die verfügbaren Mittel klug aufzuteilen und dabei laufende Ausgaben und Investitionen nicht zu vernachlässigen, die die Attraktivität des Standorts stärken. Denn wir brauchen zur dauerhaften Finanzierung von allem anderen, was uns wichtig ist, den Zustrom und Verbleib von erfolgreichen Menschen und Unternehmen, deren Ausgaben, Investitionen, Arbeitsplätze und Steuerzahlungen die wirtschaftliche Basis unserer Stadt nachhaltig sichern.

Dabei muss bedacht werden, dass der städtische Haushalt außerhalb der städtischen Kernaufgaben oft nur gewisse Impulse setzen kann. Das gilt für die gesamte Wirtschaftstätigkeit in unserer Stadt, die wir durch einzelne gezielte Investitionen in standortprägende Infrastruktur befördern können. Selbst wirtschaftliche Aufgabengebiete von höchstem städtischen Interesse, wie etwa der gewünschte intensive Wohnungsbau zur Versorgung unserer wachsenden Stadt, können nur zu einem Bruchteil von der Stadt oder städtischen Eigengesellschaften bearbeitet werden. Wir sind deshalb darauf angewiesen, den Unternehmen, die in Braunschweig investieren möchten, die richtigen Rahmenbedingungen zu bieten, daran muss kontinuierlich gearbeitet werden.

Wir werden nur dann ein begehrter Standort für alle Menschen, Institutionen und Unternehmen bleiben, die Wertschöpfung leisten und innovativ tätig sind, wenn sie hier in Braunschweig Wohn- und Gewerbegrundstücke in allen nachgefragten Qualitäten vorfinden, gute Schulen für ihre Kinder, eine moderne Verkehrsinfrastruktur von Straße über Schiene bis hin zur Erreichbarkeit für unternehmerischen Flugverkehr, außerdem vielfältige und zeitgemäße Hotel- und Tagungskapazitäten. Natürlich müssen wir als Konzern Stadt nicht nur die dafür nötigen Ausgaben tätigen, sondern uns als Verwaltung auch so aufstellen, dass wir exzellente Dienstleistungen anbieten, Türen öffnen und die erwünschten Investitionen und damit verbundene Arbeitsplätze und Steuereinnahmen durch unsere laufenden Entscheidungen nicht behindern, sondern erleichtern.

Nur wenn es uns auch gelingt, ein attraktiver Standort zu sein für die Leistungsfähigen, Innovativen und dementsprechend auch Mobilen im sich verschärfenden Wettbewerb der Städte und Regionen, dann wird auch unsere Steuerstärke, werden auch unsere finanziellen Spielräume dauerhaft größer sein, um all das andere bezahlen zu können, was meist den Fokus der kommunalpolitischen Diskussion bestimmt:

freiwillige kommunale Sozialleistungen aller Art zur Lösung akuter Probleme und zum Abbau sozialer Ungerechtigkeiten, kraftvolle Förderung von Bildung, Kultur und Sport, Durchführung umweltpolitischer Maßnahmen, wenn diese nicht selbstfinanzierend sind, um nur einige Beispiele zu nennen.

Das also ist aus meiner Sicht die richtig verstandene Aufgabe städtischer Haushaltspolitik: Niemals die nachfragegerechte Entwicklung des Standortes zu vernachlässigen, erst recht nicht in schwierigen Zeiten, weil das Zukunftsvorsorge ist, weil nur so dauerhaft aus der Kraft des Standortes heraus erhebliche Mittel in den ganzen anderen städtischen Aufgabefeldern eingesetzt werden können, die nur mit städtischen Mitteln umfangreich bearbeitet werden können. Wo hier überall Prioritäten der Stadtentwicklung der nächsten 15 Jahre gesehen werden, bringt ja der laufende Prozess der Integrierten Stadtentwicklung gerade eindrucksvoll zum Vorschein.

## **Zur Grundsatzhaltung der städtischen Haushaltspolitik**

Versteht man also die Haushaltspolitik nicht als Selbstzweck, sondern als entscheidende Grundlage für sowohl die Standort- als auch die übrige Stadtentwicklung, bleibt immer noch die Frage, nach welchen Kriterien man sie betreiben sollte.

Auch hierzu möchte ich gern einige grundsätzliche Anmerkungen machen.

Um die Anforderung, haushalten zu müssen, kommt niemand herum: keine Familie, kein Betrieb, keine staatliche Einrichtung, keine Kommune. Stets sind die Ideen und Wünsche größer als die verfügbaren Mittel. Dass Haushalten deshalb auch immer Setzen von Prioritäten bedeutet und damit automatisch das Zurücksetzen und die Nichtverwirklichung alternativer Vorschläge, versteht sich von selbst. Genau diese Prioritätensetzung ist Ihr Kernthema als Rat, das Sie auf Grundlage Ihrer Kernzuständigkeit bearbeiten, dem Budgetrecht als dem wohl wichtigsten Recht einer demokratisch gewählten Volksvertretung.

Was Haushalten allerdings auch bedeutet, ist ein Setzen von Prioritäten nicht nur zwischen Aufgabenfeldern, sondern auch auf der Zeitachse. Anders ausgedrückt: Vorsorge und Vorsicht gehören schon immer zum Haushalten dazu. Weil Bibelzitate nach der schönen Erfahrung unserer vorweihnachtlichen Ratsitzung als unverdächtig gelten können, darf ich in diesem Zusammenhang an eine zentrale Textstelle des Alten Testaments der Bibel erinnern, zugleich einen Wochenabschnitt der Tora, aus dem 1. Buch Mose, Kapitel 41. Sie ist Teil der Josefsgeschichte, die Thomas Mann Grundlage zu einem seiner bedeutendsten Werke waren, nämlich der Roman-Tetralogie „Josef und seine Brüder“.

Dort, in der Fassung der Lutherbibel 1984, heißt es an der entscheidenden Stelle:

*„Der Pharao sprach zu Josef: Mir träumte, ich stand am Ufer des Nils und sah aus dem Wasser steigen sieben schöne, fette Kühe; die gingen auf der Weide im Grase. Und nach ihnen sah ich andere sieben dürre, sehr hässliche und magere Kühe heraussteigen. Ich hab in ganz Ägyptenland nicht so hässliche gesehen. Und die sieben mageren und hässlichen Kühe fraßen die sieben ersten, fetten Kühe auf. Und als sie die hineingefressen hatten, merkte man's ihnen nicht an, dass sie die gefressen hatten, und waren hässlich wie zuvor. Da wachte ich auf ... Und ich habe es den Wahrsagern gesagt, aber die können's mir nicht deuten.*

*Josef antwortete dem Pharao: Beide Träume des Pharao bedeuten das Gleiche. ... Siehe, sieben reiche Jahre werden kommen in ganz Ägyptenland. Und nach ihnen werden sieben Jahre des Hungers kommen, sodass man vergessen wird alle Fülle in Ägyptenland. Und der Hunger wird das Land verzehren, dass man nichts wissen wird von der Fülle im Lande vor der Hungersnot, die danach kommt; denn sie wird sehr schwer sein ...*

*Nun sehe der Pharao nach einem verständigen und weisen Mann, den er über Ägyptenland setze, und Sorge dafür, dass er Amlleute verordne im Lande und nehme den Fünften in Ägyptenland in den sieben reichen Jahren und lasse sie sammeln den ganzen Ertrag der guten Jahre, die kommen werden, dass sie Getreide aufschütten in des Pharao Kornhäusern zum Vorrat in den Städten und es verwahren, damit für Nahrung gesorgt sei für das Land in den sieben Jahren des Hungers, die über Ägyptenland kommen werden, und das Land nicht vor Hunger verderbe.“*

So geschah es dann auch im weiteren Verlauf der Geschichte und die sieben mageren Jahre wurden in Ägypten damals so gut bewältigt, dass diese Geschichte seitdem in das kollektive Gedächtnis unserer christlichen-jüdischen Kultur eingegangen ist.

Diese uralte Menschheitserfahrung mit dem Auf und Ab der örtlichen Wirtschaftslage enthält auch eine grundlegende Botschaft für den Haushalt der Stadt Braunschweig. Wer in guten Zeiten keine Reserven aufbaut, der leidet in der Not. Der einfachere Teil der Übung ist natürlich der Verzehr von Reserven, die in Form unserer bilanziellen Überschussrücklage seit 2008 aufgebaut worden sind. Das ist die Lage, in der wir uns im Augenblick befinden. Wir als Verwaltung würden mit diesen Reserven gern sparsamer umgehen.

Sie steuern heute mit Mehrheit einen weniger vorsichtigen Kurs an für die nächsten Jahre. Das ist Ihr gutes Recht, denn es ist nach unserer Kommunalverfassung Ihr Haushalt, auch wenn wir als Verwaltung zunächst unseren Vorschlag unterbreiten.

Gleichwohl möchte ich noch einmal intensiv um Ihre Unterstützung werben, zurückhaltend mit den städtischen Reserven umzugehen, denn die Aufgabe besteht auch nach dem heutigen Tag weiter. Weder mir noch Herrn Oberbürgermeister Markurth sind bisher im Traum die genaue Anzahl der mageren Kühe gezeigt worden, wir wissen also nicht, in wieviel Jahren es unseren städtischen Finanzen wieder deutlich besser gehen wird. Also wissen wir auch nicht, wie lange unsere Reserven halten müssen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich wie schon im vergangenen Jahr kurz daran erinnern, was Überschussrücklagen sind. Es ist ein Teil unseres städtischen Eigenkapitals, das wir ohne Zustimmung der Kommunalaufsicht verzehren dürfen. So lange Überschussrücklagen da sind, gelten städtische Haushalte als ausgeglichen, auch wenn sie es tatsächlich gar nicht sind. Sind diese Reserven aber verbraucht, verlieren wir unsere bisherige Gestaltungshoheit über die städtischen Finanzen, wenn wir den jährlichen Haushalt nicht mehr ausgleichen können.

Dann ist es bald die Kommunalaufsicht, die das letzte Wort darüber hat, ob und wofür wir noch mit Hilfe von Krediten investieren dürfen und in welchem Umfang die Erfüllung der sogenannten freiwilligen Aufgaben noch erlaubt wird.

Wir müssen also sehr vorsichtig mit unseren Reserven umgehen, wenn wir autonom bleiben wollen, voll mündig und nicht unter Vormundschaft der Kommunalaufsicht stehend wie andere Kommunen. Nichts ist unerfreulicher, als zur Gestaltung der Kommunalpolitik angetreten zu sein, aber kaum noch selbst entscheiden zu können. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, das zu verhindern.

## **Ein Vorschlag für die Zukunft**

Darum sollte sich unser Blick auch schon heute auf den Tag richten, an dem eine deutliche Besserung der städtischen Steuereinnahmen eintritt. Ich hoffe, er kommt recht bald. An diesem Tag wird sich nämlich zeigen, ob wir bibelfest sind und nicht hinter dem ägyptischen Vorbild zurückbleiben. Genau dann nämlich müssen die städtischen Rücklagen wieder in ähnlichen jährlichen Größenordnungen aufgefüllt werden, in denen sie zur Zeit verbraucht werden.

Deshalb möchte ich Ihnen als dem Rat der Stadt schon heute einen Pakt der Vorsorge vorschlagen.

Wir wissen, dass die städtischen Aufwendungen fast nie stark sinken, sondern mit sehr großer Verlässlichkeit jährlich steigen. Wir wissen außerdem, dass es viel schwerer fällt, bereits etablierte jährliche Aufwendungen zu kürzen oder reduzierte oder ganz gestrichene Entgelte und Abgaben wieder zu erhöhen oder erneut einzuführen. Darüber hinaus ist bekannt, dass die städtischen Erträge zwar im langjährigen Schnitt steigen, aber jährlich sehr stark schwanken, was vor allem an der Gewerbesteuer liegt. Besser wäre es, die Gewerbesteuer als breit angelegte örtliche Wertschöpfungssteuer auszugestalten mit diversen gewinnunabhängigen und dadurch aufkommensstabilisierenden Elementen. Da eine solche Reform aber derzeit niemand ernsthaft betreibt, können wir nur selbst wählen, wie wir mit dem stark schwankenden Gewerbesteueraufkommen vor Ort umgehen.

Hier also der Vorschlag eines künftigen Paktes zwischen Verwaltung und Politik: Ausgangspunkt ist, dass die Gewerbesteuern selbstverständlich weiterhin von der Verwaltung nach bestem Wissen und Gewissen für die vier Folgejahre prognostiziert werden.

Aber dann der entscheidende Unterschied: Wir glätten unsere Gewerbesteuer nach meinem Vorschlag einfach selbst. Geplant wird der Ergebnishaushalt immer so, dass höchstens die durchschnittlichen Gewerbesteuern der letzten Jahre zur Verwendung verplant werden. Mein Vorschlag wäre, dass wir uns am jährlichen Durchschnittsaufkommen der letzten sechs oder sieben Jahre orientieren.

Was wäre der Effekt? In steuerstarken Jahren, also Jahren mit mehr Gewerbesteuer als im bisherigen Durchschnitt, würden Haushaltsüberschüsse entstehen. Das wäre dann Geld zur Auffüllung der Überschusrücklage. Gleichzeitig wäre es zusätzliche Liquidität. „Fette Jahre“, wenn sie so wollen, in denen wir unsere Speicher wieder ein Stück füllen.

Umgekehrt wäre es so, dass bei einer solchen Planung in mageren Jahren mit unterdurchschnittlicher Gewerbesteuer nicht so viel Geld fehlen würde. Der jährliche Aufwandssockel im Ergebnishaushalt wäre eben nur so stark gewachsen, wie es zu durchschnittlichen und dadurch langsamer gestiegenen Steuern passt. Man müsste nicht plötzlich und schmerzhaft Wohltaten einkassieren, die man erst kurz zuvor mit Blick auf überraschend stark steigende Steuern der letzten ein oder zwei Jahre beschlossen hätte.

Mein Vorschlag eines solchen Pakts der Vorsorge wird Sie natürlich nicht überzeugen, wenn Sie ganz grundsätzlich eine Haushaltspolitik ablehnen, die un-

ter bewusstem Verzicht auf tagesaktuelle Ausgabe-spielräume für künftige Risiken vorsorgt. Dann brauchen wir uns nicht weiter darüber zu unterhalten.

Vielleicht ist es aber auch so, dass Sie das Grundprinzip einleuchtend und gut finden, aber skeptisch sind, ob so etwas praktisch gelingen kann. In diesem Fall möchte ich Ihnen sagen, dass ich aus früherer Tätigkeit weiss, dass ausgeglichene Haushalte in hohem Maße Produkt der örtlichen Mentalität des Umgangs mit Haushaltsmitteln sind. In Niedersachsen gibt es durchaus beides: einkommenschwache Gemeinden, die regelmäßig ihren Haushalt ausgleichen, aber auch einkommensstarke Gemeinden, bei denen das Geld trotzdem fast nie reicht. Ich bin also der Meinung, wir haben durchaus die Wahl. Die Sorge um unsere dauerhafte Gestaltungsfähigkeit muss uns nur wichtig genug sein.

## **Abschließender Dank**

Ich komme damit zum Ende meiner Ausführungen und hoffe, Sie über den Tag hinaus zum Nachdenken über die künftige grundsätzliche Ausrichtung unserer städtischen Haushaltspolitik gebracht zu haben.

Bevor ich das Wort abgebe, möchte ich mich aber bedanken. Alle Fachbereiche und Dezernate unserer großen Verwaltung und praktisch alle städtischen Gesellschaften haben engagiert mitgeholfen, das große

Konsolidierungspaket der Verwaltung zu schnüren. Es war ein klarer Wille spürbar, hier gemeinsam zu Ergebnissen zu kommen und dafür gilt allen mein herzlichster Dank.

Ganz besonders hervorheben muss ich aber die Arbeit des Fachbereichs Finanzen, der nun innerhalb eines halben Jahres neben seinen zahlreichen anderen Aufgaben im Grunde gleich zweimal einen Haushaltsentwurf aufgestellt und seit Jahresbeginn die Beratungen der Ratsgremien zeitnah und mit der gewohnten Präzision begleitet und in immer neuen Zahlenwerken zusammengeführt hat.

Wenn Sie im Herbst oder Winter abends über den Schloßplatz gegangen sind und noch Licht im fünften oder sechsten Stock des Rathausneubaus gesehen haben, dann wurden höchstwahrscheinlich gerade wieder eilige und doch korrekte Zahlenwerke erarbeitet unter vielfach größtem persönlichen Einsatz. Ich bin stolz auf die Finanzverwaltung dieser Stadt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!